



**JONK. GERECHT.
EUROPA.**

Eisen Europawalprogramm 2024



Intro Europawalen 2024	3
Eng gerecht Natur- a Klimapolitik	4
Eng gerecht Mobilitéit	5
Eng gerecht Logements- & Steierpolitik	6
E gerechte Queerfeminismus	7
Eng gerecht Gesondheetspolitik	8
Eng gerecht europäesch Demokratie	9



Intro Europawalen 2024

Liebe Europäer*innen,

Krisen prägen Europa derzeit heftig, umso wichtiger ist die Europawahl 2024. Auswirkungen des Krieges in der Ukraine, die Energie-Krise und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum spürt jede*r Europäer*in und stellt die Europäische Union vor große Herausforderungen und auch jeder Mensch von uns ist betroffen. Zudem verbreiten Rechtspopulist*innen unbegründete Ängste und Hass.

Damit die Demokratie gestärkt wird, müssen wir als Europäer*innen bei den Europawahlen geeint sein. Wir müssen geeint sein, in unserer gemeinsamen Antwort auf unsere wachsenden sozialen Ungleichheiten, auf Korruptionsskandale und auf autokratische Regime innerhalb und außerhalb der Europäischen Union. Geeint für ein grünes, junges und gerechtes Europa.

Für déi jonk gréng zählt für ein gerechtes Europa vor allem: Ambitionierter Klima- und Naturschutz, ein vernetztes mobiles Europa, faire Steuern, bezahlbarer Wohnraum als Grundrecht, inklusive Gesellschaft mit einer anerkannten Queerkultur, geförderte Gesundheitspolitik und gerechte Demokratie, welche ein Wahlrecht ab 16 befürwortet und eine menschliche Migrationspolitik anstrebt.

In diesem Manifest sind unsere Überzeugungen dargelegt, wie wir uns als Jugendpartei ein gerechteres und verjüngtes Europa vorstellen. Es gilt die Werte der Europäischen Union zu verteidigen und zu stärken. Für uns ist es vor allem wichtig, den Jüngsten und den nächsten Generationen eine starke EU zu garantieren.

Nur gemeinsam können wir das Gut von Europa vor EU-Skeptiker*innen und Rechtspopulist*innen schützen.



1. Eng gerecht Natur- a Klimapolitik

Auch in Europa merken wir den Klimawandel immer mehr, dazu zählen Extreme wie Überschwemmungen oder Dürreperioden, wobei auch viele Menschen primär und auch sekundär, z.B. durch Ernteverluste, darunter leiden. Der Klimaschutz geht auch einher mit dem Naturschutz, dabei gilt es auch, die Ökosysteme resilienter zu machen.

Eine gemeinsame europäische Klimaschutzpolitik ist unabdingbar, um eine Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen. Um das 1,5°C Ziel einzuhalten, müssen die Treibhausgasemissionen schneller reduziert werden. Der European Green Deal umfasst dies nicht ausreichend genug. Dazu gehören auch vorgegebene Ziele für alle EU-Mitgliedstaaten zu definieren und umzusetzen, dabei sollen auch die einzelnen Staaten von EU-Subventionen profitieren können, um die landeseigene Klimaneutralität zu erreichen. Die Energiewende muss durch massiven Ausbau an erneuerbaren Energien und durch bessere Energieeffizienz umgesetzt werden. Paneuropäische Projekte und bürokratische Vorgänge mit mehreren Staaten müssen möglich und unkompliziert umsetzbar sein. Neben der Nutzung von Solarenergie und Windrädern müssen auch innovative Forschungsprojekte (z.B. der Einsatz von grünem Wasserstoff im Industriebereich, Elektromobilität ohne Lithium) auf europäischem Niveau und mit einem EU-Geldtopf unterstützt werden. Die Energieversorgung für jeden Einzelnen ist nur mit gerechter Klimapolitik zu gewährleisten.

Der Krieg in der Ukraine hat uns gezeigt, dass Europa weg muss von fossilen

Energieträgern. Dazu gehört auch, dass die Aufnahme der Energieproduktion aus Erdgas und Atomkraftwerken in die EU-Taxonomie erneuerbarer Energien wieder rückgängig gemacht werden soll. Atomenergie ist keine nachhaltige Lösung für das Energieproblem. Der Ausbau ist unfassbar teuer und dauert Jahre, zudem scheitert es daran, Atommüll sicher zu lagern.

Der Naturschutz ist ebenso wichtig, damit das Ökosystem resistent gegen Wetterextremen wird. Wir müssen den menschengemachten Biodiversitätsverlust auf dem europäischen Kontinent weiter aufhalten. Naturschutzzonen müssen evaluiert und ausgebaut werden. Eine Vielfalt von natürlichen Aspekten, wie Wasserquellen, Wälder, Tierarten, dient nicht nur zur Klimaresilienz bei, sondern auch zum Wohlergehen von Menschen.

Subventionen aus der Gemeinsamen Agrarpolitik GAP müssen anders verteilt werden. Landwirt*innen, die nachhaltige Maßnahmen ergreifen, um Wasser und Natur zu schützen und auch Tierwohl zu fördern, müssen von diesen Beihilfen stärker profitieren können. Am Beispiel Luxemburgs wissen wir, dass Nachhaltigkeit und das Glyphosatverbot der Landwirtschaft nicht schaden. Damit ein solches Verbot auf nationaler Ebene nicht erneut angefochten werden kann, muss es auf europäischer Ebene erfolgen. Damit jeder Recht und Möglichkeit auf gesunde und nachhaltige Nahrung hat, muss die Agrarbranche anders wie bisher politisch begleitet werden.



2. Eng gerecht Mobilität

In Zukunft muss die Mobilität klima- und umweltfreundlicher werden. Damit dies europaweit gelingen kann, sind kluge Investitionen und Gesetze nötig.

Angefangen mit dem motorisierten Individualverkehr, der in Zukunft weniger genutzt werden soll, jedoch vor allem im ländlichen Raum eine wichtige Rolle spielen wird. Hier muss auf E-Mobilität gesetzt werden, die technisch und wirtschaftlich die beste Lösung ist. Fahrzeuge auf Akkubasis sind die bereits etablierte, klimafreundliche Alternative zum fossil betriebenen Verbrennungsmotor. Die E-Mobilität sollte deswegen EU-weit gefördert werden. Wie bereits geplant, sollten ab 2035 innerhalb der EU keine neuen Fahrzeuge, die mit Benzin und Diesel betrieben werden, zugelassen werden. Wir lehnen weiterhin die Ausnahmen für Luxusautomarken und für E-Fuels konsequent ab.

Der Zugverkehr ist das Transportmittel der Zukunft. Züge verbinden Dörfer mit Innenstädten, transportieren zuverlässig große Mengen an Menschen und das auch noch klimafreundlich. Wir setzen uns für eine EU-weite Ticketplattform ein, die es vereinfacht, grenzübergreifende Fahrten zu buchen und Abonnements zu erwerben. Wir wollen die Hauptstädte der EU-Mitgliedsstaaten mit Expressverbindungen näher aneinanderrücken lassen. Wir beobachten mit Freude, dass eines unserer Hauptanliegen, die Nachtzugverbindungen, an Beliebtheit gewinnen und vermehrt angeboten werden. Wir streben an, dass dieses

Angebot flächendeckend weiter ausgebaut wird.

Damit junge Menschen die Chance bekommen, Europa zu erkunden, soll jeder junge Mensch zum 18. Geburtstag ein Interrail Ticket erhalten. So rückt Europa näher zusammen.

Um kurze Strecken bequem und klimafreundlich zurücklegen zu können, muss die sanfte Mobilität und damit auch das Fahrradnetz ausgebaut werden. Nicht nur für die Jugend stellen das Fahrrad und ein sicheres Radwegenetz eine wichtige Art der Fortbewegung dar, sondern auch für andere Menschen ohne Führerschein oder Auto, wie z.B. Senior*innen oder einkommensschwachen Familien. So kann eine gerechte Mobilität für jede*n sichergestellt werden.

Der Flugverkehr muss reduziert werden. Kurzstreckenflüge, zu denen es einfache und schnelle Zugverbindungen als Alternative gibt, sollen eingeschränkt werden. Das Einführen der längst überfälligen Kerosinsteuer, betrachten wir als ein wichtiges Instrument, dem Fliegen seinen eigentlichen Preis zu verleihen, was zum Umsteigen auf andere klimafreundlichere Formen der Mobilität führt. Trotzdem wird Flugverkehr auch in Zukunft unerlässlich sein. Um das klimafreundlich und somit auch gerechter für die junge Generation zu gestalten, müssen Alternativen weiter erforscht und ausgebaut werden, z.B. wie Power-to-X (Power-to-Liquid, Power-to-Gas usw.). Desweiteren sollen E-Fuels nicht für den Individualverkehr genutzt werden, da bereits bessere Lösungen vorliegen.



3. Eng gerecht Logements- & Steierpolitik

Die steigende Wohnungsnot ist ein gesamteuropäisches Problem, egal ob man in Luxemburg, Berlin, Dublin, Lissabon oder anderswo in der EU lebt. Deshalb fordern wir, dass die EU Wohnen als ein elementares Grundrecht anerkennt, denn ohne feste Wohnung kann sich niemand frei entfalten. Gerade junge Menschen, wie Studierende, Auszubildende und Berufseinsteiger*innen, leiden unter der Wohnungsnot.

Wir schlagen vor, dass die EU eine Art Wettbewerbsamt für den Wohnungsraum einführt. Dieses soll überprüfen und garantieren, dass kein*e Akteur*in des Immobiliensektors zu viel Wohnraum, ob bebaut oder unbebaut, anhäuft, um damit zu spekulieren. Dieses Amt soll die nötigen Instrumente besitzen, zu große Anhäufungen zu zerschlagen, Besitze umverteilen und Monopole zu verhindern, bevor sie entstehen.

In vielen EU-Ländern verfügt der Staat nur über einen begrenzten Anteil am gesamten Immobilienbestand, den er zu erschwinglichen Preisen vermieten kann. Eine staatliche Bauoffensive könnte diesen Anteil erheblich vergrößern und somit die Wohnungsnot in vielen Mitgliedstaaten entschärfen. Daher fordern wir, dass die EU finanzielle Unterstützung für einzelne Staaten bereitstellt, um gezielt diesen Bestand an bezahlbarem Wohnraum zu vergrößern. Zudem sollen spezielle Förderprogramme etabliert werden. Diese Programme sollten vorteilhafte Kreditkonditionen bieten, bis hin zu Zinssätzen von null

Prozent, für Menschen mit geringerem Einkommen, die ökologisch bauen oder sanieren möchten. Es ist dabei wichtig Rahmenbedingungen zu setzen, um nachhaltig und umweltfreundlich zu bauen und den Energieverbrauch zu senken.

Eine EU-weite Mindestbesteuerung auf Aktien- und Kryptogewinne kann sicherstellen, dass der Finanzsektor seinen gerechten Anteil beiträgt. Solche Maßnahmen könnten erhebliche Mittel mobilisieren, die wiederum direkt in grüne Initiativen und soziale Wohlfahrtsprogramme investiert werden sollen.

Wir schlagen eine EU-weite Mindestbesteuerung von CO₂-Emissionen jenseits der bereits vom ETS-System abgedeckten Sektoren vor. Die Staaten sollen darüber hinaus dazu ermutigt werden, einen sozialen Ausgleichsmechanismus vorzusehen. Ein Teil der Einnahmen dieser Steuer soll gezielt zur Unterstützung einkommensschwacher Bevölkerungsschichten innerhalb der Mitgliedstaaten eingesetzt werden. Somit wird eine sozial gerechte Energiewende garantiert.

Um gegen die steigenden Ungleichheiten vorzugehen, sollte auf EU-Ebene eine Vermögensbesteuerung von Superreichen eingeführt werden. Die Einnahmen sollen genutzt werden, um einen starken Sozialstaat sowie staatliche Dienstleistungen zu finanzieren, die vor allem Menschen mit niedrigem Einkommen zugutekommen.



4. E gerechte Queerfeminismus

Gerechter Queerfeminismus beinhaltet auch immer Intersektionalität. Intersektionalität bedeutet, dass soziale Identitäten und Erfahrungen wie Geschlecht, Herkunft, Klasse, Sexualität, Behinderung und andere, miteinander verflochten sind und sich gegenseitig beeinflussen.

Als jonk gréng setzen wir uns ein für einen gerechten Feminismus, in dem auch queere Menschen mitgedacht werden und auf weitere Identitätsmerkmale geachtet werden. Wir verlangen eine Gesellschaft, in der alle Menschen die gleichen Chancen bekommen und Rechte haben.

Jede*r soll über seinen eigenen Körper entscheiden können und Liebesbeziehungen sollen frei gewählt werden können. Wir setzen uns außerdem ein, damit die Gerechtigkeit für rassistisch Diskriminierte endlich Wirklichkeit wird.

Wir setzen uns für eine umfassende Überprüfung des EU-Antidiskriminierungsrahmens ein und erkennen die Bedeutung eines intersektionalen Ansatzes an.

Ein feministisches Europa soll die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen gewährleisten, Steuerregelungen abschaffen, die Frauen benachteiligen und das geschlechtsspezifische Lohngefälle durch verbindliche Maßnahmen angehen.

Eine verbindliche Paritätsregelung bei den Europawahlen und eine ausgewogene Beteiligung von Frauen und Männern an Entscheidungsprozessen in der EU, auch

in Spitzenpositionen, sollen Standards werden. Spezielle Ressorts für Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung sind im EU-Kommissions- und Ratsteam erforderlich.

Wir kämpfen für die Erweiterung der reproduktiven Freiheit und die Aufnahme sexueller und reproduktiver Rechte in die EU-Verträge. Ein sicherer und legaler Schwangerschaftsabbruch sollte in allen EU-Mitgliedstaaten möglich sein. Kostenfreie, hochwertige Verhütungsmittel müssen für alle bereitgestellt werden, und junge Menschen haben ein Recht auf umfassende Sexualerziehung.

Alle Menschen in Europa haben das Recht auf ein Leben frei von Gewalt, unabhängig von ihrer sozialen Identität. Wir setzen uns für eine umfassende EU-Gesetzgebung ein, die geschlechterspezifische Gewalt online und offline verhindert und bekämpft, aus einer intersektionalen Perspektive.

Die intersexuelle Genitalverstümmelung muss beendet werden und die rechtliche Anerkennung des Geschlechts auf der Grundlage der Selbstbestimmung darf kein Tabu sein.

Rassismus in Europa erfordert eine systemische Herangehensweise. Wir werden sicherstellen, dass der EU-Aktionsplan gegen Rassismus umgesetzt wird und auf seine Erneuerung bis 2025 hinarbeiten, mit angemessener Finanzierung und Beteiligung der Zivilgesellschaft. Nationale Aktionspläne gegen Rassismus müssen verbindlich sein.



5. Eng gerecht Gesundheitspolitik

Die EU braucht eine gründliche wissenschaftsbasierte Aufarbeitung der Pandemie. Maßnahmen müssen rückblickend bewertet werden, ethisch wie auch utilitaristisch. Darüber hinaus muss der Leyen-Pfizer-Skandal transparent aufgeklärt werden.

Die EU wird in Zukunft einen Pandemieplan brauchen. Dabei soll eine grenzübergreifende Zusammenarbeit gefördert und verschiedene Maßnahmen über ein Levelsystem universalisiert werden.

Jugendliche wurden oft zu Sündenböcken gemacht, mussten oftmals härtere Maßnahmen ertragen und wurden dann zurückgelassen. In einem EU-weiten Pandemieplan müssen Maßnahmen getroffen werden, um dies zu verhindern. Eine Pandemie wie die Covid-19 Pandemie, die eine ganze Generation von Menschen in ihrer Blüte gekennzeichnet hat, darf sich nicht wiederholen und den Leidtragenden von post-Covid, unter anderem mentalen, Krankheiten mentalen Krankheiten muss geholfen werden.

In Zukunft werden mehr Psychiatrien und Umweltkliniken gebraucht, da man den Menschen nicht isoliert betrachtet, sondern auch deren Umfeld. Mentale und körperliche Gesundheit mit Umweltaspekten wird eine immer größere Rolle spielen. EU-weite Kampagnen sollen die Stigmatisierung von mentalen Krankheiten beenden, damit der Überwindungsaufwand kleiner wird.

Auch die Ernährung und Aktivität der Menschen sind wichtige Aspekte für die Gesundheit. In mehreren Ländern hat sich bereits gezeigt, dass das Einführen einer Zuckersteuer dazu geführt hat, dass Lebensmittelhersteller langfristig den Zuckergehalt reduzieren. Erste Studien haben bereits ergeben, dass sich dadurch die Gesundheit der Menschen auch verbessert. Der Nutri-Score verpasst sein Potential. Wir fordern die Vereinheitlichung der Lebensmittelampel und deren Verpflichtung, um ein nützliches Instrument für die Verbraucher*innen zu schaffen.

Das Rauchen schädlich ist, ist den Menschen bewusst. Aber Einwegvapes, sind nicht nur ein großes Gesundheitsrisiko, sondern auch absolut umweltschädlich wir fordern da strengere Regulierungen. Wir betrachten es als kritisch, wenn Influencer*innen und Content Creator, die ein sehr junges Publikum haben, gezielt Werbung für Nikotin- und Tabakprodukte machen. Hier fordern wir Aufklärung, bzw. ein allgemeines Werbeverbot.

Eine große Gefahr für die Gesundheit stellen gestreckte Drogen vom Schwarzmarkt. Um die Gesundheit zu fördern, den Schwarzmarkt zu bekämpfen und einen stark regulierten legalen Markt aufzubauen, muss die EU sich eine progressive und moderne Drogenpolitik führen. Dazu zählen der legale Verkauf weicher Drogen und die flächendeckende Erhältlichkeit von Ersatzprodukte härterer Drogen.



6. Eng gerecht europäisch Demokratie

Unsere Zukunftsvision für Europa im Jahr 2040 ist mehr gerecht und demokratischer für jeden Menschen. Hier ein Einblick in unsere Version:

Das europäische Parlament wird direkt von den Bürger*innen gewählt. Dieses Organ besitzt das Initiativrecht, Gesetze zu verfassen und somit direkten Einfluss auf die EU zu haben. Die Kommission darf Gesetze verfassen, dient allerdings primär eine beratende und repräsentative Funktion. Die Tage, an denen der Europäische Rat und der Rat der EU die Entscheidungen des EU Parlamentes kippen konnten, sind lange gezählt. Die*den Kommissionspräsident*in wird auch von den Bürger*innen der EU direkt gewählt um die Demokratie zu stärken.

Das Wahlrecht ab 16 bei den Europawahlen gilt in der gesamten EU. Die Politiker*innen aller Mitgliedstaaten haben eingesehen, dass die Europäische Union Politik für die Zukunft macht und nicht für die Vergangenheit. Alle EU Ausländer*innen, die in der EU arbeiten, zur Schule gehen, studieren, eine Ausbildung genießen oder Schutz suchen, sind im Wahlrecht eingeschlossen.

2040 wird das Recht auf Abtreibung fest in den Verträgen der EU verankert sein. Die Bemühungen einiger Staaten, dieses Recht einzuschränken, führte wiederholt zu schweren gesundheitlichen Komplikationen bis hin zum Tod von Frauen*. Ebenfalls wird in allen Regionen der EU das Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen flächendeckend zur Verfügung stehen.

Die Grundidee der EU geht auf die Nachkriegszeit zurück, um zu verhindern, dass sich die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Auf diesem Prinzip hat sich die EU im Jahr 2040 zurückberufen und hat eine

widerstandsfähige Brandmauer gegen den Rechtsextremismus und -populismus errichtet, damit sich die Fehler der 2010er und 2020er Jahre nicht wiederholen. Die Politiker*innen arbeiten parteiübergreifend konstruktiv miteinander und setzen nicht auf die destruktive und spalterische Natur vom Populismus und Extremismus von rechtsaußen.

Rechtsextreme Parteien sind kaum noch präsent und können kaum noch Fake-News verbreiten, da Falschinformationen direkt erkannt werden. Die EU ist geeint gegen EU-Skeptiker*innen und Rechtspopulist*innen.

Wir als déi jonk gréng haben 2024 eine föderale Europäische Union mit mehr Befugnissen, tiefgreifender Demokratie und Transparenz gefordert. 2040 ist dies Wirklichkeit da die EU ein gerechtes Asylsystem, das die Menschenrechte und die Menschenwürde schützt, steuert. Die Politik fördert den Beitrag, den Migranten für unsere Gesellschaft leisten. Zudem spielen Unabhängigkeit der Justiz und die Pressefreiheit bei der Migrationspolitik eine wichtige Rolle.

Auch frühere Abkommen wie die sogenannten "Migrationsdeals" mit Ländern, wie Tunesien oder Marokko, bei dem die EU Länder dafür bezahlten, dass sie Migranten fernhalten, gehört der Vergangenheit an. Jede Zusammenarbeit mit Drittländern im Bereich der Migration beruht auf ein Verfahren, wo das Menschenrecht auf erster Stelle steht.

Die Vision von déi jonk gréng für 2040 zeigt ein gerechtes, demokratisches Europa auf, wo jeder Mensch Mensch sein kann.